

Die FDP hat die selben Fragen erhalten, diese jedoch zusammengefasst beantwortet.

„Wir Freie Demokraten wollen, dass Deutschland international zum Fürsprecher des regelbasierten Freihandels wird und den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen vorantreibt. Hierfür muss die Bundesregierung innerhalb Europas und der Welt protektionistischen Tendenzen entgegentreten und eine aktive Führungsrolle bei Handelsverträgen, Investitionsabkommen und fairen Investitionsbedingungen einnehmen. Zugleich muss sie die institutionelle Verankerung einer regelbasierten Freihandelsordnung vorantreiben. Um der Handelspolitik in der nächsten Bundesregierung mehr Gewicht zu verleihen, fordern wir eine Staatsministerin oder einen Staatsminister für Außenhandel. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wollen wir zudem in „Bundesministerium für Wirtschaft, Freihandel und Energie“ umbenennen. Um die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union in der Handelspolitik zu erhalten, wollen wir Freihandelsabkommen so gestalten, dass – wie etwa beim EU-Japan Abkommen – nur die Zustimmung des Europäischen Parlaments, nicht aber die von nationalen und regionalen Parlamenten benötigt wird. Dabei wollen wir in der EU und weltweit gegen Marktverzerrungen vorgehen, die zum Beispiel durch stark subventionierte Staatsunternehmen entstehen. Wir setzen uns zudem für den Grundsatz der Reziprozität ein, wonach Unternehmen nur dann Zugang zum europäischen Markt haben sollten, wenn das umgekehrt auch der Fall ist. Wir wollen einen neuen Anlauf für ein umfassendes transatlantisches Freihandelsabkommen und einen transatlantischen Wirtschaftsraum erreichen. Eine Blaupause kann das EU-Freihandelsabkommen mit Kanada

(CETA) liefern, das 2017 abgeschlossen wurde und endlich auch von Deutschland ratifiziert werden sollte. Ebenso wollen wir das EU-Freihandelsabkommen mit Mercosur zügig abschließen und ratifizieren.

Außerdem wollen wir den bewährten Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) weiterentwickeln. Der Reformprozess muss transparent und inklusiv sein. Nationale Alleingänge und Willkürzölle sowie neue nicht-tarifäre Handelshemmnisse lehnen wir ab. Wir setzen uns dafür ein, die Blockade der WTO-Streitbeilegung schnellstmöglich zu lösen. Dies erfordert auch eine neue umfassende Verhandlungsrunde, in der ein Interessenausgleich zwischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern erreicht wird. Im Rahmen dieser Verhandlungsrunde muss dabei auch evaluiert werden, wo WTO-Regeln in der Praxis bisher nicht greifen. Wir wollen, dass Subventionen und Dumping überall dort bekämpft werden, wo immer diese Praktiken einen fairen Wettbewerb behindern.

Unser Ziel ist es auch Ökologie und Ökonomie beim Welthandel zu verbinden. Wir Freie Demokraten wollen den regelbasierten Freihandel und die multilaterale Handelsordnung wieder stärken. Die Welthandelsorganisation (WTO) muss dringend im Streitschlichtungsmechanismus, in der Regelsetzung und im Monitoring modernisiert werden. Außerdem wollen wir den Freihandel mit unseren internationalen Klima- und Nachhaltigkeitszielen verbinden. Daher unterstützen wir die Politik der EU, in ihren Freihandelsabkommen ein Bekenntnis beider Vertragsparteien zum Pariser Klimaschutzabkommen und der Agenda 2030 aufzunehmen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das „European Union Emissions Trading System“ (EU ETS) erweitert und in Freihandelsverträge aufgenommen wird. Das wäre eine marktwirtschaftliche Alternative zu einer

diskutierten CO₂-Grenzsteuer, die auch unter WTO-Regeln fraglich umzusetzen wäre. Auch eine Aufnahme des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft sowie weitere Säulen des „European Green Deal“ in Handelsverträge sind eine sinnvolle Ergänzung. So kann Klima- und Umweltschutz durch marktwirtschaftliche Prinzipien auch in der Handelspolitik funktionieren. Solange sich ein Partner diesbezüglich verweigert oder kein Freihandelsabkommen mit einem Drittland besteht, sollte aber ein EU-Mechanismus geschaffen werden, der Importe von stark verschmutzenden Industrien mit einer Ausgleichsleistung belegt.“